

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riesa,
Grenzstr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1539
Wilckstraße Riesa Nr. 52.

N. 13.

Freitag, 16. Januar 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Heften. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 8 mm breite, 4 mm hohe Grundchrift-Zeile 6 Silben, 25 Gold-Pfennige, die 8 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zelttaubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Felle Tarife, Hemmlichter Rabatt - nicht, wenn der Betrag verzahlt, durch Klage eingezogen werden mag oder der Auftraggeber in Kontant gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Schützige Unterhaltungsbeiträge, Erzhilfen an der Elbe - Im Falle höherer Gewalt - zerlegt oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten - hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Dr. Luther zum Reichsfinanzminister ernannt.

Die Reichsregierung gebildet.

Berlin, 15. Januar. Im Reichstag wurde gestern abend kurz nach 7 Uhr bekannt, daß Dr. Luther vom Reichspräsidenten zum Reichsfinanzminister ernannt und mit der Bildung des Kabinetts beauftragt worden ist.

Berlin, 15. Januar. (Amtlich.) Der Reichspräsident hat den bisherigen Reichsfinanzminister Dr. Luther zum Reichsfinanzminister und auf dessen Vorschlag die nachstehenden Herren zu Reichsministern ernannt:

Reichsminister des Auswärtigen: Dr. Stresemann (M. d. N.)
Reichsminister des Innern: Martin Schiele (M. d. N.)
Reichsfinanzminister: noch unbesetzt
Reichswirtschaftsminister: Ministerialdirektor a. Z. Neuhäus
Reichsarbeitsminister: Dr. Brauns (M. d. N.)
Reichswehrminister: Dr. Gehler
Reichspostminister: Dingeldey
Reichsverkehrsminister: noch unbesetzt
Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft: Graf v. Helldorf

Das Reichsjustizministerium ist dem Oberlandesgerichtsrat Schumacher, Mitglied des Reichsrats, angeboten worden, der auch gleichzeitig mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministeriums für die delegierten Gebiete betraut werden soll; die Verhandlungen sind jedoch noch nicht abgeschlossen.

Die neuen Minister.

Berlin, 15. Januar. Der Minister des Innern Martin Schiele, der der deutschnationalen Volkspartei angehört, ist 1870 geboren und evangelischer Konfession. Er hat seinen Wehrdienst als Rittmeister im 1. Infanterie-Regiment in Neudamm, Kreis Jerichow, seit 1914 ist er Mitglied des Reichstages. Seit Dezember vorigen Jahres ist er mit dem Vorsitz der deutschnationalen Reichstagsfraktion betraut.

Postminister Dingeldey gehört der bayerischen Postverwaltung an. Als Oberpostdirektor war er in Landshut tätig und wurde danach Staatssekretär und Leiter der Personalabteilung im bayerischen Verkehrsministerium. Nach dem Übergang der bayerischen Postverwaltung auf das Reich übernahm er die Leitung der Zweigstelle München des Reichspostministeriums. Im November 1922 wurde er in dem Kabinett Cuno mit dem Amt des Reichspostministers betraut. Er ist Mitglied der bayerischen Volkspartei, gehört aber nicht der Reichstagsfraktion an.

Der neue Reichswirtschaftsminister Dr. Albert Neuhäus, geboren am 9. 7. 1873, war zunächst im Gerichtsamt als Referendar und Assessor beschäftigt, sodann Justizrat bei der Regierung in Düsseldorf. Seit dem 11. 10. 1908 Hilfsarbeiter im preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe, 1909 zum Regierungsrat befördert, 1910 Weichener Regierungsrat und Vortragender Rat, 1914 Ernennung zum Geheimen Oberregierungsrat, 1918 zum wirklichen Geheimen Oberregierungsrat und Ministerialdirektor. Am 1. 1. 1921 schied Neuhäus aus dem Staatsdienst aus.

Die außenpolitische Position der Regierung Luther.

Die von Dr. Luther zusammengestellte neue Regierung wird übereinstimmend von den politischen Kreisen als ein gemäßigtes Rechtskabinett bezeichnet. Damit gewinnt auch die Frage Interesse, ob dadurch in außenpolitischer Hinsicht eine besondere Situation in Deutschland eintreten könnte, nachdem die deutschnationale Partei Ministerin der deutschen Regierungspolitik geworden ist. In den außenpolitischen Kreisen hat man den Eindruck, daß der Regierungswechsel in Deutschland durch seine eigenartigen Begleiterscheinungen allerdings gewisse Rückwirkungen auf die Haltung der Ententemächte ausgeübt hat, die in Erscheinung treten werden, sobald die Erörterungen über die Räumungsfrage wieder in ein entscheidendes Stadium eingetreten werden. Es kann aber als feststehende Tatsache angesehen werden, daß absolut kein Grund dafür besteht, ernsthafte Konfliktmöglichkeiten zu befürchten, da der außenpolitische Kurs Deutschlands keine Aenderung erfahren wird.

Für die deutsche Außenpolitik ist allerdings die Frage wesentlich, welche Parteien sich als die eigentlichen Träger dieser Politik bezeichnen. Auf Grund zuverlässiger Informationen glauben wir versichern zu können, daß die deutschnationale Partei zwar darauf besteht, einen mitbestimmenden Einfluß auf die Führung der deutschen Außenpolitik auszuüben, aber als eigentliche Trägerin kann sie schon deswegen nicht in Frage kommen, weil sowohl der Reichsfinanzminister als auch das Außenministerium nicht durch deutschnationale Persönlichkeiten besetzt worden sind. Dr. Stresemann hat allerdings augenblicklich, namentlich in England und Frankreich, mit gewissen Schwierigkeiten zu rechnen, da er namentlich von der dortigen deutschfeindlichen Presse als der Exponent der nationalistischen Kreise bezeichnet wird. In der Hauptsache hängt jedoch die Frage der Einstellung der Ententemächte gegenüber Deutschland davon ab, welche Rollen die anerkannten Mittelung der

Postministerkonferenz hinsichtlich der Beschuldigung der internationalen Kontrollkommission nach sich ziehen wird. Treten hier neue Komplikationen ein, so wird allerdings die französische Politik darauf gerichtet sein, den bisherigen „nationalistischen“ Charakter der neuen Regierungspolitik in Deutschland zu betonen und jede Verhandlungsmöglichkeit zu untergraben. Tritt dagegen in der Räumungsfrage eine Entspannung ein, so wird voraussichtlich die neue Regierung Luther genau so verhandlungsbereit angehen werden wie jedes andere deutsche Kabinett. Jedenfalls wird die eigentliche Belastungsprobe erst in dem Augenblick eintreten, wo die neue deutsche Regierung ernstlich vor die Frage gestellt wird, ob sie in der Lage ist, sich auf gütliche Verhandlungen mit den Ententemächten einzulassen, oder ob deutschfeindlich gegen die Politik der Alliierten in der schärfsten Weise Verwahrung eingelegt werden muß.

Außenminister Dr. Stresemann scheint die außenpolitische Lage keineswegs als beunruhigend anzusehen. Er hat bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung immer wieder den Standpunkt eingenommen, daß die gegenwärtige Situation absolut nur vorübergehend durch Komplikationen erschwert wird und daß der Charakter der deutschen Innenpolitik absolut keine Rückwirkung auf die außenpolitische Lage haben werde. Solange die Staatsicherheit in Deutschland gewährleistet ist, werde das Vertrauen des Auslandes in die Stabilität der deutschen Verhältnisse erhalten bleiben und es sei eher ein Gewinn, wenn die bürgerlichen Parteien, mit Einschluß der Deutschnationalen, die Stabilität durch ihre Teilnahme an der Regierung gewährleisteten.

Die Mehrheit für das Kabinett Luther.

Berlin, 15. Januar. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, ist die parlamentarische Mehrheit für das Kabinett Luther vollkommen gesichert. Für die Regierung werden sämtliche bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Demokraten stimmen, die sich infolge ihrer abwartenden Haltung entschlossen haben, sich der Stimme zu enthalten. Wegen des Kabinetts Luther werden nur die Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten stimmen, die eine Minderheit von annähernd 100 Stimmen darstellen. Die Vertrauensfrage hat man durch ein Kompromiß geschloß, in dem das Zentrum für seine Abgeordneten die Abstimmung feilscht.

Der Reichspräsident an den scheidenden Reichsfinanzminister Marx.

Berlin, 15. Januar. Der Reichspräsident hat an den aus dem Amte scheidenden Reichsfinanzminister Marx nachstehendes Schreiben gerichtet:

Hochverehrter Herr Reichsfinanzminister!

Mit ausrichtigem Bedauern habe ich die Genehmigung Ihres Abschiedsgeluches mit dem befolgenden Erlaße, Sie von dem Amte des Reichsfinanzministers zu entbinden. Das Jahr, während dessen Sie die Regierung des Reiches geleitet haben, war eine Zeit ernster wirtschaftlicher und politischer Krisen und harter sorgvoller Arbeit, aber diese Arbeit war nicht vergeblich, sie brachte unserem Volke auf seinem Leidensweg zum ersten Mal Besserung und Erfolg auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet. Wie ich Ihnen schon am Neujahrstage zum Ausdruck bringen konnte, haben Sie, Herr Reichsfinanzminister, reichen Anteil an den erreichten Fortschritten. Mit ruhiger und sicherer Hand, geführt auf reiche politische Erfahrung und unter Einsatz Ihrer ganzen lauterer Persönlichkeit haben Sie die Geschäfte des Reiches geführt, daß Sie sich Anspruch auf den Dank des ganzen deutschen Volkes erwarben. Ich weiß, daß Ihre schlichte Befensart unsere Ehrungen und Dankesbeweise ablehnt und sich mit dem Gefühl der für das Vaterland getanen Pflicht begnügt. Es ist mir aber dennoch ein aufrichtiges Bedürfnis, Ihnen namens des Reiches für alles zu danken, was Sie in dieser Zeit geleistet und erreicht haben und Sie zu bitten, kein meiner herzlichsten Wünsche verfehlt zu sein.

Mit dem Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung bin ich Ihr sehr ergebener
ges. Oberst.

General Allen gegen die Ruhrbesetzung.

New York. General Allen, der Befehlshaber der ehemaligen amerikanischen Rheinlandtruppen, bezweifelte in einer Rede, ob Deutschland fähig sei, die von den Alliierten geforderten Reparationszahlungen aufzubringen. Er hält es praktisch für unmöglich, diese Summe aufzubringen. Außerdem betonte der General, daß die Ruhrbesetzung ein sehr zweifelhaftes Unternehmen sei, und drückte sein Bedauern darüber aus, daß es der Damesplan unterlassen habe, die Räumung des besetzten Gebietes vorzusehen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 15. Januar 1925.

Die Regierungstische sind noch leer. Das Haus und die Tribünen sind gut besetzt.

Präsident Ebert eröffnet die Sitzung um 4 Uhr 25 Min. Auf der Tagesordnung stehen etwa 30 Anträge aller Parteien, die sich auf zehn Arbeitsgebiete beziehen, und zwar handelt es sich um die Arbeitsgerichte, um Handwerker- und Mittelhandelsfragen, um Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene, um den Arbeiterlohn und die soziale Versicherung, um Aufwertungsfragen, um die Personalabnahmeverordnung, um die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, um Ausnahmestellen der Reichsbahn-Gesellschaft, um das Verwahrungsgesetz und das Schanzstrafengesetz.

Zur Frage der Arbeitsgerichte nimmt Abg. Hädel (Komm.) das Wort. Er wirft den anderen Parteien vor, daß sie mit ihren Anträgen den Arbeitern nur Sand in die Augen streuen wollten. Nur die Kommunisten meinten es ehrlich. (Große Heiterkeit.)

Abg. Siffer (D.N.) fordert die Autonomie der Arbeitsgerichte für Arbeiter und Angestellte und Angliederung an die ordentlichen Gerichte.

Abg. Wiebel (Soz.) nimmt die Kaufmanns- und Gewerbestände gegen den Vorwurf des Vordrängers in Schutz, nicht objektiv genug zu sein.

Abg. Tittel (D.N.) empfiehlt eingehende Beratung der Anträge im Ausschuss.

Die Anträge werden darauf dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Zur Verhandlung gestellt werden dann zahlreiche Anträge, die

Handwerker- und Mittelhandelsfragen

betreffen.

Abg. Budjuhn (D.N.) hält es für notwendig, daß der Reichstag sich von nun an eingehender mit Mittelhandelsfragen beschäftigt. Er fordert Maßnahmen zur Erhaltung und Stärkung von Handwerk, Einzelhandel und Gewerbe. Auch auf steuerlichem Gebiete müsse man mehr Rücksicht auf den Mittelstand nehmen. Daher sei u. a. eine Neuregelung des öffentlichen Vergütungswesens notwendig sowie erhöhter Schutz gegen das Habermatwesen. Der Redner fordert die Schaffung einer Reichskreditstelle und die Einrichtung von Zentralkreditinstituten der Länder.

Abg. Eßer (Str.) schilderte die Not des Mittelstandes und forderte schnelle Abhilfe.

Die Abg. Dreiwitz (Wirtsch. Vereinig.) und Saumann (D.N.) kündigten neue Anträge für den Ausschuss an. Der letztere fordert einen Staatsfremden für das Handwerk. Auch die Abg. Bartschat (Dem.) und Krähig (Soz.) behalten sich die Darlegung ihrer Forderungen für die Ausschussberatung vor.

Abg. Frau Schröder (Soz.) warnt davor, wie es geschehen sei, Jugendliche in den Gefängnissen zu handwerkern auszubilden.

Nach befürwortenden Ausführungen des Abg. Leibelt (Agr. W.) werden die Anträge den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Bei den Kriegsbeschädigtenfragen fordert Abg. Weber-Düsseldorf (Komm.) beträchtliche Erhöhung der Renten. Nach weiterer Aussprache werden auch diese Anträge an die Ausschüsse verwiesen, ebenso die Anträge betr. Arbeiterlohn und soziale Versicherung.

Auch die weiteren Anträge, besonders die Aufwertungsanträge und diejenigen, die neue Belegentwürfe von sozialpolitischer Bedeutung verlangen, werden den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Darauf vertagt sich das Haus.
Freitag 6 Uhr nachmittags: Entgegennahme eines Regierungserlasses.

Schluß gegen 7 Uhr.

Nach dem Vorschlag des Vizepräsidenten, der nach der Plenarsitzung zusammentrat, soll sich nach der Regierungserklärung der Reichstag auf Sonnabend mittag vertagen und in der Sonnabend Sitzung mit der Aussprache über die Regierungserklärung beginnen. Am Montag um 2 Uhr wird die Aussprache, für die zwei Rednerreihen zugelassen sind, fortgesetzt werden.

Zentrumsinterpellation über Oberschlesien.

Berlin. Die Zentrumskraktion des Reichstages hat eine Interpellation eingebracht, in der auf die Not jener Oberschlesier hingewiesen wird, die ihre Kreuze zum deutschen Reich durch Abwanderung aus dem Vollen zugesprochenen Teil Oberschlesiens bekundet haben. Es heißt in der Interpellation: Viele Tausende von ihnen haben heute, nachdem Jahr und Tag verfloßen sind, auf deutschem Boden weder Obdach noch Erwerb, noch entsprechende Existenz gefunden. Die bekümmerten geleglichen Bestimmungen und die bisher getroffenen Maßnahmen haben sich als durchaus unzureichend erwiesen, hier Abhilfe zu schaffen. Und doch ist es ohne Zweifel die nie verjährende Pflicht des deutschen Volkes und Reiches, hier helfend einzugreifen. Sind die traurigen Verhältnisse der Oberschlesier der deutschen Reichsregierung bekannt und was gedenkt sie zu tun, um schnellstmöglich Abhilfe zu schaffen?

Für die Ermäßigung der Fernspreckgebühren.

Berlin. Ein Antrag der Reichstagsfraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung geht dahin, die Reichsregierung zu eruchen, die Fernspreckgebühren unter Wiedereinführung einer Pauschallumme, wie sie vor 1914 bestand, herabzusetzen zu ermächtigen.